

2 Theoretische Deutungsmuster politischer Ethikräte

Die im Folgenden darzustellenden theoretischen Deutungsmuster führen in den politik- und sozialwissenschaftlichen Forschungsstand *politischer Ethikräte* ein. Darüber hinaus, und für den weiteren Verlauf der Untersuchung relevanter, dienen diese der Deskription und Interpretation der konkreten Arbeitsweise wie auch politischen Funktion des *Deutschen Ethikrates* in parlamentarischen Entscheidungsprozessen. Die drei Deutungsmuster, frei benannt als das diskursethische, machttheoretische und mikropolitische, sind dabei durch unterschiedliche Fachdisziplinen geprägt und rekurren auf mitunter völlig verschiedene Autoren, Begriffe, Konzepte, Methoden und – ihrem jeweiligen Titel folgend – theoretische Vorannahmen zur Beschreibung und Erklärung *politischer Ethikräte*. Alle drei Deutungsmuster unterscheiden sich hinsichtlich des gewählten Untersuchungsansatzes (z.B. empirisch oder normativ orientiert), den verwendeten und zugrunde liegenden Begriffen und Konzepten (z.B. Ethik verstanden als philosophische Disziplin oder nominalistisch zu definierender Begriff) und in Bezug auf die von diesen schwerpunktmäßig gewählte Perspektive zur Beschreibung *politischer Ethikräte* (z.B. aus Perspektive der politischen Entscheidungsträger oder der Mitglieder des Ethikrates selbst). Die drei hier vorgestellten Ansätze sind, auch weil sie auf unterschiedlichen theoretischen Vorannahmen fußen, keiner einzelnen, sondern mehreren Disziplinen wie der Philosophie, Soziologie und Politikwissenschaft zuzuordnen.

Dem diskursethischen, machttheoretischen wiewohl diskursethischen Deutungsmuster liegt nicht nur ein jeweils anderer Forschungszugang zugrunde, sondern auch eine unterschiedliche Einschätzung dessen, *wie und warum politische Ethikräte* entstehen, welche Aufgaben sie wahrnehmen, welche Themen und Fragestellungen sie behandeln, wie sie zusammengesetzt sind, wie dort ratsinterne Diskurse geführt und in

welcher Form deren Arbeitsergebnisse präsentiert respektive publiziert werden.²⁴

Die drei Deutungsmuster treffen sowohl (a) präskriptiv-normative als auch (b) empirisch-deskriptive Aussagen über *politische Ethikräte*. (a) Sie modellieren zum einen die normative Beschaffenheit *politischer Ethikräte*: Wie deliberieren diese nach innen, welche Disziplinen sind Teil des rats-internen Diskurses und was sollten Ethikräte thematisch bearbeiten? (b) Die theoretischen Deutungsmuster offerieren zum anderen Strukturmerkmale (z.B. Themen, Zusammensetzung, Aufgaben) und Termini mithilfe derer bestehende Ethikräte, wie der *Deutsche Ethikrat*, beschrieben werden können. Jeder Ansatz nimmt dabei, auch aufgrund seiner theoretischen Vorprägung, andere Strukturmerkmale mit unterschiedlicher Akzentuierung in den Blick. Die drei Deutungsmuster treffen theoretische Aussagen über *politische Ethikräte* und helfen anhand der von ihnen dargelegten Strukturmerkmale diese beschreiben zu können. Es handelt sich bei den Deutungsmustern nicht um komplexe Theorien, sondern theoretisch informierte Deutungen *politischer Ethikräte*, die zugleich theoretisch werthaltiger sind als bloße *Frames* von Ethikräten.²⁵

Gegenüber jedem Deutungsmuster werden im Folgenden kritische Einwände vorgetragen, die sowohl präskriptiv-normativ als auch empirisch-deskriptiv argumentieren. Die Einwände sollen auf analytisch blinde Flecken der Deutungsmuster hinweisen, die in der folgenden empirischen Untersuchung aufgegriffen werden sollen. Weiterführende theoretische Anmerkungen entfallen in geringen Teilen auf die Schlussbetrachtung (vgl. Kap. 6), müssen in weit größeren jedoch in dieser Studie nachfolgenden Theoriearbeiten geleistet werden.

24 Nicht jeder dieser aufgeführten Aspekte oder Fragen wird von dem jeweiligen Deutungsmuster in derselben Ausführlichkeit behandelt oder in derselben methodischen Form beantwortet. Der ratsinterne Diskurs ist für das diskursethisch informierte Deutungsmuster zentral. Ethik als philosophische Disziplin und diskursethische Prämissen sind für die Arbeit eines ethischen Beratungsorgans wie das eines Ethikrates demnach konstitutiv. Ein *politischer Ethikrat* ist ein eben solcher, weil er in ihm auf eine bestimmte Art und Weise deliberiert wird. Im Fall des mikropolitisch informierten Deutungsmusters wird dieser ratsinterne Diskurs nicht beurteilt, sondern empirisch zu rekonstruieren versucht und mithilfe externer, *ergo* der von Seiten der Politik an die Arbeit *politischer Ethikräte* herangetragenen Erwartungen, zu erklären versucht. Das, was in diesen Ethikräten passiert, die Form des Diskurses, der Deliberation, wird somit nicht nur grundlegend anders beschrieben und erklärt, sondern immer auch anders beurteilt. Beschreibung und Interpretation sind in diesen Deutungsmustern nur schwerlich eindeutig voneinander zu trennen.

25 Die Bedeutung von Frames wird im Zusammenhang mit dem machttheoretischen Deutungsmuster noch ausführlicher behandelt (vgl. Kap. 2.2).

Das Kapitel wird durch eine Synopse komplettiert (vgl. Darstellung 1), welche die zuvor geleisteten Ausführungen überblicksartig resümieren und begrifflich systematisieren soll. In dieser Synopse werden zum einen jene Methoden, Theorien und Begriffe aufgeführt, welche dem jeweiligen theoretischen Deutungsmuster zugrunde liegen und zum anderen die Ergebnisse der theoretischen Deutungsmuster im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung eines *politischen Ethikrates* auszuformulieren versucht. Jedes der vorliegenden Deutungsmuster nimmt dabei zu bestimmten institutionellen Aspekten eines *politischen Ethikrates* Stellung.

Aus den theoretischen Deutungsmustern *politischer Ethikräte* lassen sich demnach *sechs* unterschiedliche Strukturmerkmale ableiten, anhand derer *politische Ethikräte* beschrieben und erklärt werden können, im Folgenden ferner dazu verwendet werden sollen, jedes dieser theoretischen Deutungsmuster und die mit diesen verbundenen Konzeptionen bzw. Deutungen *politischer Ethikräte* miteinander vergleichen und für die Einzelfalluntersuchung des *Deutschen Ethikrates* nutzbar machen zu können.

Diese sechs Strukturmerkmale *politischer Ethikräte* lauten:

1. *Aufgaben*: Welche Aufgaben nimmt und/oder sollte ein *politischer Ethikrat* wahrnehmen?
2. *Themen und Fragestellungen*: Welche Themen- und/oder Fragestellungen behandelt oder sollte ein *politischer Ethikrat* behandeln können?
3. *Zusammensetzung*: Wie ist und/oder wie sollte ein *politischer Ethikrat* zusammengesetzt sein?
4. *Ratsinterne Diskursorganisation*: Wie wird in *politischen Ethikräten* oder wie sollte in diesen ein Diskurs geführt und angeleitet werden?
5. *Aufbau und Ziel der Arbeitsergebnisse*: Wie sind oder wie sollten die Arbeitsergebnisse eines *politischen Ethikrates* formal und inhaltlich strukturiert sein und welche Ziele mit diesen verfolgt werden?
6. *„Ein politischer Ethikrat als Ethikrat“*: Was macht einen politischen *Ethikrat* zu einem eben solchen „ethischen“?

2.1 Diskursethisches Deutungsmuster

Das diskursethische Deutungsmuster *politischer Ethikräte* soll im Folgenden fast gänzlich entlang der Ausführungen des Philosophen Matthias

Kettner (2005a, 2005b und 2002) vorgestellt und expliziert werden. Getragen wird dieser Ansatz von einem grundlegend normativen Verständnis dessen, was die Aufgabe und Funktion der Ethik *ist* und *politischer Ethikräte sein sollte*.²⁶ Im Vordergrund steht die diskursethisch angeleitete Arbeitsweise und ethisch reflektierte Expertise (*Moralurteile*) *politischer Ethikräte*, weniger die politischen Entstehungshintergründe oder Erwartungshaltungen an die Arbeit eines eben solchen Rates.

Politische Ethikräte dienen grundsätzlich der „Bearbeitung strittiger Moralfragen“ (Kettner 2002: 57), die infolge von Weiterentwicklungen auf dem Wissenschaftsfeld der Biomedizin zugenommen und sich perpetuiert haben.²⁷ Oft seien diese jedoch nur schwerlich von den rechtlichen, religiösen oder politischen zu trennen respektive würden durch diese erst mitverursacht und geprägt (vgl. ebd.). Die Entstehung ethischer Beratungsorgane respektive *politischer Ethikräte* habe, so Matthias Kettner, „einen objektiven Grund“ (vgl. ebd.: 55), einer in unterschiedlichen gesellschaftlichen (auch politischen) Bereichen anwachsenden moralischen Unsicherheit.²⁸ Besagte Unsicherheit sei auf die moralische Diversität einer säkularisierten, pluralistisch ausdifferenzierten Gesellschaft zur

26 Den Terminus des *politischen Ethikrates* verwendet Matthias Kettner nicht. Vielmehr spricht dieser von „(...) auf nationaler oder auf internationaler Ebene zuständigen Ethik-Kommissionen“ (Kettner 2005a: 4), die sowohl das Parlament als auch die Regierung beraten. Hierzu zählt Kettner auch parlamentarische Enquete-Kommissionen, die gleichwohl im Folgenden keine Berücksichtigung finden sollen. Enquete-Kommissionen werden von vorneherein zeitlich begrenzt, in der Regel für eine Legislaturperiode, eingesetzt. Mandat und Auftrag sind eindeutiger vordefiniert und festgelegt; politische Ethikräte verfügen über mehr formale Kompetenzen, eben auch durch ihre räumliche Trennung vom politischen Betrieb des Deutschen Bundestages. Eine zusätzliche politische Abhängigkeit der Enquete-Kommissionen entsteht durch die ständige Präsenz der Abgeordneten und Zuteilung der Sachverständigen/Experten entlang bestimmter politischer Lager (vgl. Taupitz 2003: 819). Die Benennung wie auch ihre Anbindung bleiben somit parlamentarisch beschränkt, anders als bei Ethikräten, die sich fast immer an beide Verfassungsorgane, Bundesregierung und Bundestag, ebenso die Öffentlichkeit, richten.

27 Matthias Kettner ist der Auffassung, dass die Aufgabe ethischer Beratungsorgane darin bestehe, die moralischen Fragen eines Problems benennen zu können (vgl. Kettner 2005a: 12). Diese definitorische Leistung, „zu erforschen, wie wir moralische Probleme von andersartigen Problemen demarkieren“ (Kettner 2014: 41), stelle die eigentliche Aufgabe der Angewandten Ethik dar. Eine grundlegende Einführung in moralische Probleme aus Sicht der Allgemeinen und Angewandten Ethik, findet sich bei Kallhoff 2012.

28 Moralische Unsicherheit meint nach Kettner, „dass wir uns der allgemeinen Nachvollziehbarkeit der Grundlagen von Moralurteilen in neuen Erfahrungsbereichen, die uns (wie derzeit Erfahrungen mit Fortschritten der Biomedizin) besonders wichtig erscheinen, nicht mehr sicher genug sind“ (Kettner 2002: 55).

einen und die Zunahme und Eingriffstiefe neuer biotechnologischer Möglichkeiten zur anderen Seite zurückzuführen (vgl. ebd.: 56). Diese „objektiven Gründe“ fundieren die Entstehung *politischer Ethikräte* und lassen deren Genese nahezu unausweichlich erscheinen, um besagte Fragen der Moral politisch bearbeiten und gesetzlich beantworten zu können. Es geht nicht mehr um das *ob*, sondern darum, *welche* Art von ethischen Beratungsorganen – hinsichtlich des Mandates, des institutionellen Arrangements und der personellen Besetzung – benötigt und begründet werden (vgl. ebd.: 54). Andere Deutungsmuster – vornehmlich etwa das machttheoretische (vgl. Kap. 2.2) – anerkennen zwar, dass biomedizinische Innovationen und neue medizinische Behandlungs- und Eingriffsmethoden zur Genese von Ethikkommissionen geführt haben, weder werde dadurch jedoch eine gesellschaftlich und politisch verbreitete moralische Unsicherheit institutionell zum Ausdruck gebracht, noch dienen diese – anders als im vorliegenden, diskursethisch informierten Deutungsmuster – als so genannte „Copingstrategien“ (Kettner 2005a: 4) zur Bewältigung real existierender moralischer Unsicherheiten.²⁹

Eine allgemeine Definition *politischer Ethikräte* – die gleichsam auch auf andere Typen ethischer Beratungsorgane angewandt werden kann – ist nach Matthias Kettner (2005a) dabei die folgende:

„Ethik-Komitees, -räte und -kommissionen sind multidisziplinär zusammengesetzte *ethische Beratungsorgane* (EBOs) in Kleingruppenform, die in einem institutionellen Kontext arbeiten und durch ihre Arbeit einen bestimmten Beratungsbedarf erfüllen sollen, indem sie spezifisch die moralisch problematische Seite an den betreffenden Problemen reflektieren.“ (Ebd.: 4, Hervorhebung im Original, G.E.)

Gegenüber der Politik – Legislative wie Exekutive – fungieren *politische Ethikräte* demnach als eine Art Navigationssystem, das in strittigen Entscheidungssituationen der moralischen Orientierung dient, in dem es bestehende moralische Probleme expliziert, reflektiert und ein *Moralurteil* zu diesen publiziert (vgl. ebd.: 5). Eine andere Aufgabe *politischer Ethikräte* besteht Kettner zufolge darin zur „Kultivierung von Debatten über politisch relevante Moralfragen“ (ebd.) beizutragen. Diese *Orientierungs- und Kultivierungsfunktion* sind nicht gänzlich voneinander zu trennen und stellen die beiden Hauptaufgaben *politischer Ethikräte* dar.

29 Der Begriff „Coping“ stammt aus dem Englischen und bedeutet übersetzt so viel wie „Bewältigung“. Gemeint ist damit – u.a. in der Pädagogik oder Psychologie – die Bewältigung bestimmter Stresssituationen. In diesem Zusammenhang ist gleichwohl die Bewältigung moralischer Unsicherheit gemeint.

Gemessen werden sollen Ethikräte und ihre Ergebnisse daran, wie sie die Unsicherheit ihrer Adressaten im Umgang mit moralischen Problemen konkret zu verbessern imstande sind (vgl. ebd.).

Matthias Kettner (2005a) merkt hierzu an:

„Verhelfen sie [die ethischen Beratungsorgane, G.E.] ihren Adressaten zum besseren Umgang mit moralischer Unsicherheit und zwar in einem moralisch qualifizierten Sinn von ‚besser‘, so ist ihre Existenz moralisch wünschenswert, im umgekehrten Falle nicht.“ (Ebd.: 5)

Politische Ethikräte sind – in der hier dargestellten Form nach Matthias Kettner – das „Desiderat der Ethik“ (ebd.: 3), einer Ethik, verstanden „als [die] Wissenschaft vom moralischen Handeln“ (Pieper 2007: 17, Ergänzung, G.E.). Aus diesem Ethik-Verständnis folgt nachgerade zwangsläufig, dass ein solcher Ethikrat keine konkreten Handlungsweisungen dekretiert, sondern Sätze formuliert und Empfehlungen postuliert, welche die Beurteilung einer solchen Handlung erleichtern (vgl. Gethmann 2009: 227). Die *politischen Ethikräte* als regulative Idee dienende, spezifische Form des diskursiven Argumentierens, die *Deliberation*, leiten dabei den Ausarbeitungsprozess des zu publizierenden Moralurteils³⁰ entscheidend mit an (vgl. Kettner 2002: 57).³¹ Matthias Kettner ist der Auffassung, dass diese Form der diskursethisch fundierten *Deliberation* in ethischen Beratungsorganen respektive *politischen Ethikräten* dazu führen könne, „*gemeinschaftliche Moralurteilsgrundlagen*“ (Kettner 2005a: 10, Hervorhebung im Original, G.E.) für die Erreichung eines Konsens zu ermöglichen. Matthias Kettners diskursethisch angeleitetem Deutungsmuster liegt ein prozessuales Verständnis des Konsenses zugrunde:

„Konsentieren meint dann ein rechtgebendes Zustimmen; ein Zustimmen zu einem Anspruch, den Personen, wenn sie urteilen, für weitere Personen er-

30 Matthias Kettner zufolge können die schlussendlich veröffentlichten Stellungnahmen oder Empfehlungen auch als Moralurteile bezeichnet werden (vgl. Kettner 2005a: 13).

31 Die argumentative Urteilsbildung, die Kettner als *Diskursivität* bezeichnet, ist dabei kontextsensitiv, vor dem Hintergrund unterschiedlicher Handlungsorte (Krankenhaus, Universität, politische Entscheidungsprozesse) und institutioneller Ausgestaltungen (Mandat) anzupassen, wird hier also zur *Deliberation*, dem „problembezogenen Überlegen“ (Kettner 2002: 57.). Die regulative Idee des diskursiven Argumentierens, so Kettner weiter, beinhalte von vorneherein eine universalistische Minimalmoral. Jürgen Habermas (1991) expliziert dies im Zusammenhang mit seiner Diskursethik wie folgt: „Jeder, der ernsthaft den Versuch unternimmt, an einer Argumentation teilzunehmen, lässt sich implizit auf allgemeine pragmatische Voraussetzungen ein, die einen normativen Gehalt haben; das Moralprinzip lässt sich dann aus dem Gehalt dieser Argumentationsvoraussetzungen ableiten, sofern man nur weiß, was es heißt, eine Handlungsform zu rechtfertigen.“ (Vgl. ebd.: 12 f.)

heben; zu einem Anspruch, dass ihr Urteil für die einen so wie für die anderen gelte unter all denen, für die es seinem Geltungssinn nach überhaupt gelten soll.“ (Kettner 2005a: 11)

Konsense sind das Ergebnis dynamischer, deliberierender Beratungsprozesse innerhalb eines *ethischen Beratungsorgans*. Die konsensual erzielten Moralurteile eines *politischen Ethikrates*, insofern diese das Ergebnis eines solchen diskursiven Argumentationsprozesses sind, können – wenngleich nicht müssen (vgl. ebd.: 11)³² – eine gewisse moralische Autorität für sich beanspruchen.³³

Matthias Kettner (2005a) ergänzt seine grundlegend normativen Ausführungen mit einer empirischen Heuristik zur Untersuchung ethischer Beratungsorgane (vgl. ebd.: 12). In dieser so genannten Regel-Matrix nehmen die Regeln der Deliberation, neben jenen der Institutionalisierung und des In- und Outputs,³⁴ eine zentrale Funktion ein. Diese vier Deliberationsregeln, die sich auf den ratsinternen Diskurs beziehen, lauten (vgl. im Folgenden: Kettner 2005a: 12).³⁵

- a. *Problematisierungsregeln*, die dazu dienen, das Moralproblem einer spezifischen Problemsituation zu identifizieren.
- b. *Nichtthematisierungsregeln*, die darüber verfügen sollen, welche Themen/Probleme aufgegriffen werden sollen und welche nicht.

32 Nach Kettner müssen hierfür gute Gründe vorliegen: „Was als geeignete Weise und was dann als gute Gründe zählen soll, das lässt sich nur im Licht moralischer Regeln, Prinzipien etc., also im Licht von *einschlägigen Bewertungsgründen im moralischen Sinne* angeben und rechtfertigen, bzw. von der Warte einer normativen *Moraltheorie* aus, die solche Regeln und Prinzipien ihrerseits expliziert, rechtfertigt und systematisiert.“ (Kettner 2005a: 11, Hervorhebung im Original, G.E.)

33 Mit dem Philosophen Jonathan D. Moreno (1996) lässt sich zwischen einem statischen Konsens, der das Ergebnis zufälliger, individuell artikulierter Meinungen ist und einem dynamischen Konsens, der das Ergebnis interaktiver Gruppendiskurse ist, unterscheiden (vgl. ebd.: 197 ff.). Der Prozess, durch den eine Stellungnahme/Empfehlung erzielt wird, bedingt deren legitimen Anspruch nach moralischer Autorität (vgl. ebd.: 200).

34 Diese Matrix wird in vier praxisleitende Regelgruppen unterteilt. Jede dieser vier Regelgruppen soll „durch empirisch dichte sowie normativ gehaltvolle Beschreibungen, die an der Anschauung existierender Kommissionen und Komitees gewonnen werden müssen, inhaltlich ausgefüllt werden“ (Kettner 2005a: 12). Die *Regeln der Institutionalisierung* fragen danach, wie sich ein solcher Ethikrat personell zusammensetzt und auf welcher formellen Basis dieser arbeitet, die *Input- und Outputregeln*, erfragen, wie dieser eingesetzt wird, welche Zuständigkeiten diesem zukommen (Input) und wie dessen Ergebnisse dargeboten und umgesetzt werden können.

35 Diese Regeln wurden ihrerseits bei der Ausarbeitung der Strukturmerkmale *politischer Ethikräte* berücksichtigt respektive sind in diese miteingeflossen (vgl. Kapitel 2 Synopse).

- c. *Integration normativer Grundlagen*, also die Klärung, auf welche ethischen Grundtheorien zurückzugreifen und inwiefern auf geltende rechtliche Bestimmungen und Standards zu achten ist.
- d. *Spezifische Ablaufregeln*: Die Regeln des Ablaufs fußen auf dem zugrunde gelegten Mandat des ethischen Beratungsorganes (Input-Regeln) und der erwarteten Ergebnisform (Output-Regeln), das sich je nach Kontext ändert. Im Krankenhaus wird vielmehr eine spezifische Form der Einzelfallberatung benötigt; im Raum der Politik eine zumeist eher allgemeine Form der Beratung, bei der grundsätzliche biomedizinische und rechtliche Fakten im Ausarbeitungsprozess des „Moralurteils“ mitberücksichtigt werden müssen.

Diese kontextsensitiven Deliberationsregeln verdeutlichen, wie schwierig es ist, Klinische Ethikkomitees, Forschungsethikkommissionen und *politische Ethikräte* in einem kohärenten Ansatz, einer vollumfänglichen Theorie, darstellen und deren Arbeit mit Hilfe dieser erklären zu wollen.³⁶ Die folgend angeführten Einwände oder kritischen Nachfragen beziehen sich nahezu gänzlich auf die normativen Prämissen, die dem diskursethisch informierten Deutungsmuster Matthias Kettners zugrunde liegen und deren Übertragung auf *politische Ethikräte*.

Der erste Einwand (1) bezieht sich auf die mit diesem Deutungsmuster konnotierte regulative Idee der Diskursethik respektive die „an diskursivem Argumentieren orientierte Vorstellung von Konsensbildung“ (Kettner 2005a: 11). Dem diskursiv, also prozessual erzielten Konsens kommt eine bestimmte moralische Autorität zu, gleichsam ist dieser, Matthias Kettner zufolge, jederzeit revidierbar. Kerstin Endres (2005) merkt an, dass ein dergestalt erzielter Konsens nach wie vor nur schwerlich bis „unrealistisch“ (ebd.: 25) zu erreichen sei. Auch das Argument der ständigen Revidierbarkeit, so Endres weiter, überzeuge an dieser Stelle nicht, da besagter Konsens, um eine moralische Autorität reklamieren und etablieren zu können, zumindest über eine bestimmte Zeit hinweg Bestand haben müsse (vgl. ebd.). Endres ist der Auffassung, dass ein moralischer Konsens, dem eine gewisse Autorität konzidiert werden könne, das Arbeitsergebnis klinischer Ethikkomitees, weniger aber politisch eingesetzter Ethikräte sei, die demgegenüber, auch aufgrund ihrer institutio-

36 Matthias Kettner selbst konzidiert an anderer Stelle, dass eine Theorie ethischer Beratungsorgane, welche die klinischen Ethikkomitees, Forschungsethikkommissionen und *politischen Ethikräte* inkludieren wolle, aus verschiedensten Gründen nur schwierig zu erstellen und auf all diese Ethikkommissionstypen anwendbar sei (vgl. Kettner 2005b: 75).

nellen Ausgestaltung, eher auf strategische Kompromisse setzen würden (vgl. Endres 2005: 25).³⁷

Politische Ethikräte sind längerfristig angelegte Institutionen, die nicht nur fallspezifisch und plötzlich, sondern kontinuierlich und frei über unterschiedliche Themen deliberieren können.³⁸ Die längere Beratungszeit *politischer Ethikräte* führe wiederum dazu, dass die Mitglieder ihre eigenen moralischen Überzeugungen über Monate hinweg festigen könnten und wenn, dann nur aus „gesprächstaktischen Überlegungen“ (ebd.) zurückstellen würden. Der moralische Konsens weicht – Endres Argumentation folgend – dem Kompromiss, der weniger aus moralischer Überzeugung denn aus funktionalen Gründen geschlossen wird.

Klinische Ethikkomitees und *Politische Ethikräte* unterscheiden sich in diesem Punkt nicht nur hinsichtlich ihrer Arbeitsweise und ausgearbeiteten -ergebnissen, sondern – dem vorausliegend – bezüglich der eben diesen entgegengebrachten normativen Erwartungen. Die in klinischen Ethikkommissionen vertretenen Professionen sind einheitlicher – es dominiert das medizinische Pflege- und Fachpersonal –, die dort vertretenen Mitglieder sind qua ihres Berufes wesentlich direkter in den klinischen Alltag und/oder den spezifisch behandelten Einzelfall involviert als dies bei *Ethikräten* der Fall ist. Mitglieder dieser Komitees, so der Theologe und Philosoph Nikolaus Knoepffler (2005), teilten wesentlich eher noch gewisse Basisüberzeugungen, die einen moralischen Konsens ermöglichten als dies in *politischen Ethikräten* der Fall sei (vgl. ebd.: 44).

37 Den Unterschied zwischen einem moralischen Konsens und einem Kompromiss erklärt Endres wie folgt: „Im Unterschied zu einem Konsens werden bei einem Kompromiss bestimmte moralische Überzeugungen nicht aus Einsicht heraus, dass sie nicht einschlägig sind oder ihnen geringere Bedeutung zukommt, zurückgestellt, sondern aus gesprächstaktischen Überlegungen. *Das Ergebnis wird sein, dass neben dem gefundenen Kompromiss die Mitglieder noch ihre privaten Einschätzungen haben, von denen sie annehmen, dass sie der Situation gerechter werden.*“ (Endres 2005: 25, eigene Hervorhebung, G.E.)

38 Doch auch die Arbeit klinischer Ethikkomitees ist an dieser Stelle zu differenzieren. Klinische Ethikkomitees beraten in der Regel über aktuelle, problembezogene Einzelfälle, in denen beispielsweise Fragen danach erörtert werden, ob eine Behandlung fortzuführen oder abubrechen sei. Daneben gibt es aber auch regelmäßige, nicht konkret problembezogene Treffen, in denen allgemeine Stellungnahmen für das Krankenhauspersonal und die -Leitung formuliert oder ältere Fälle retrospektiv besprochen werden. Im Gegenzug ist jedoch auch danach zu fragen, ob *politische Ethikräte per se* über mehr Zeit verfügen. Ihrem Mandat nach sind *politische Ethikräte* zwar – anders als parlamentarische Enquete-Kommissionen – dauerhaft angelegt, die dort behandelten Themen und Fragestellungen müssen jedoch oft zügig in eine Stellungnahme überführt werden, um im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden zu können.

Politische Ethikräte scheinen aufgrund des zugrunde liegenden institutionellen *Designs* und der politisch-gesamtgesellschaftlichen Kontextualisierung heterogener, „fachfremder“³⁹ und somit explizit auf „politische“ Kompromisse respektive die externe Dokumentation intern vorhandener Dissense ausgelegt zu sein (vgl. Endres 2005: 25; Knoepffler 2005: 45). Der intern vollzogene Kompromiss *politischer Ethikräte*, in dem die moralischen Überzeugungen nur „hintenangestellt“ werden, kann am Ende in mehrgliedrigen Stellungnahmen und/oder abweichenden Sondervoten kulminieren. Mit Rekurs auf die im vorherigen Kapitel aufgeführten Zugänge der Soziologie, gehört die Dokumentation dieses Dissenses nachgerade zu der Hauptaufgabe eines solchen *politischen Ethikrates* (vgl. Bogner/Menz 2005; Endres 2005). Damit erscheint nicht nur fraglich, ob am Ende solcher Beratungsprozesse *politischer Ethikräte* tatsächlich ein Konsens steht, der die moralische Unsicherheit beheben kann, sondern eben auch, ob dieser – vor dem Hintergrund des vorliegenden Mandates und der daraus resultierenden personellen Zusammensetzung – überhaupt erzielt werden soll.

Der zweite Einwand (2) knüpft an den erstaufgeführten an und versucht dem nachzugehen, was das generelle Ziel einer hier entworfenen „Ethik-Politikberatung“ (Kettner 2005a: 5) sein kann und wie deren Umsetzungsanspruch politisch zu verstehen ist. Die konsensual ausgearbeiteten Moralurteile *politischer Ethikräte* sollen Kettner zufolge danach bewertet und evaluiert werden, wie sie den Rezipienten (=Politikern) „zum besseren Umgang mit moralischer Unsicherheit, und zwar in einem moralisch qualifizierten Sinn von ‚besser‘“ (ebd., eigene Hervorhebung, G.E.) verhelfen konnten. Zwei Fragen schließen sich an diese normative Betrachtungsweise einer *Ethik-Politikberatung* an: 1. Was meint „in einem moralisch qualifizierten Sinn“? 2. Wer legt und wer darf diese ethisch-moralischen Bewertungsmaßstäbe an die Arbeitsergebnisse *politischer Ethikräte* anlegen? Offen bleibt, ob diese Evaluation durch die Politik selbst durchgeführt wird oder extern, ein *politischer Ethikrat* zu prüfen hätte, welche moralischen Entscheidungen die Politik im Einzelnen getroffen hat. Beurteilen die politi-

39 Heterogen meint die disziplinäre und professionelle Zusammensetzung. Neben akademischen Wissenschaftlern finden sich auch Nicht-Wissenschaftler bzw. Vertreter von Verbänden in diesen Räten wieder. „Fachfremd“ meint in diesem Zusammenhang, dass die partizipierenden Mitglieder – im Gegensatz zu jenen eines klinischen Ethikkomitees – keinen direkten Bezug zur Politik aufweisen bzw. nicht politisch erfahren sein müssen. Politiker werden – wie etwa im Fall des *Nationalen und Deutschen Ethikrates* – sogar explizit von der Arbeit dieser Gremien ausgeschlossen (vgl. Einrichtungserlass des *Nationalen Ethikrates* § 3, Abs. 2; vgl. Ethikratgesetz des *Deutschen Ethikrates* § 4, Abs. 3).

Ethikräte in der Politik
Genese, Selbstverständnis und Arbeitsweise des
Deutschen Ethikrates

Ezazi, G.

2016, XIII, 266 S. 3 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-12251-5